

## **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands**

### **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**

Lieber Stefan Mappus, liebe Delegierte, liebe Freunde, meine Damen und Herren!  
Genau heute vor 21 Jahren, am 15. November 1989, bin ich zu einer Physiktagung nach Thorn in Polen gefahren, um dort einen Vortrag über EPR-Spektroskopie zu halten. Als ich am Bahnhof abgeholt wurde, da sagten meine polnischen Freunde als erstes zu mir: „Wir waren fest davon überzeugt, dass du nicht kommst. Wie kann man denn kommen“, haben Sie mich gefragt, „wenn vor sechs Tagen die Mauer gefallen ist, wenn das Weltgeschehen in Berlin stattfindet und Deutschland nächstes Jahr vereint sein wird? Was machst du hier?“ – Nun ja, wir können jetzt darüber streiten, ob es typisch Merkel oder typisch deutsch ist, dass ich trotzdem gekommen war, vielleicht war es auch beides. Ich habe es damals als meine Pflicht angesehen. Die polnischen Gastgeber an der Uni Thorn haben sich gefreut, und ein Vortrag über EPR-Spektroskopie hat durchaus auch spannende und belebende Seiten, selbst in Zeiten epochaler Veränderungen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielleicht bin ich aber damals auch gern nach Thorn gefahren, weil ich schon gespürt habe, was wir heute alle genau wissen: Wir Deutschen dürfen nie vergessen, dass es Polen und die Solidarnosc und die Kraft von Papst Johannes Paul II waren, die Deutschland und Europa als Erste den Weg in die Freiheit gebahnt haben. Ohne sie wäre der 9. November 1989 nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Ohne sie wäre der 9. November 1989 nicht möglich gewesen, und wir wissen: Kein Tag markiert so sehr bedeutende Wendepunkte, schlimmste Tiefpunkte und Momente größten Glücks in der deutschen Geschichte wie der 9. November. 1918 rief Philipp Scheidemann am 9. November von einem Balkon des Reichstags in Berlin die Deutsche Republik aus. 1938 zerstörten die Horden von SS und SA am 9. November Synagogen, jüdische Gemeindehäuser in ganz Deutschland und verwüsteten Geschäfte und Wohnungen jüdischer Bürger und misshandelten ihre

Bewohner. Viele Menschen starben. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Das war der Sieg der Menschen in der DDR über das SED-Regime. Einen glücklicheren Tag hat die deutsche Geschichte nicht erlebt.

(Beifall)

Diesen Moment größten Glücks haben wir im letzten Jahr zum 20. Mal gefeiert und vor wenigen Wochen den 20. Jahrestag der Wiedervereinigung unseres Landes zusammen mit unserem neuen Bundespräsidenten Christian Wulff. Er kann natürlich nicht mehr hier sein, das verbietet sein Staatsamt. Umso mehr grüße ich ihn, grüßen wir ihn von Herzen von diesem Parteitag. Wir wünschen ihm Glück und Gottes Segen für die Ausübung seines so wichtigen Amtes für unser Land.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist mir auch ein Bedürfnis, von dieser Stelle den ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler zu grüßen. Er war im Sinne des Wortes Bürgerpräsident. Umso schlimmer haben die Bürgerinnen und Bürger den Umgang gerade mit ihm in diesem Jahr empfunden. Viele Angriffe von SPD und Grünen kannten kaum noch eine Grenze des Respekts.

Liebe Freunde, ich sage es in aller Ernsthaftigkeit: Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass sich viele Menschen angewidert von den politischen Parteien und den Politikern abwenden, wenn die Politik ihrerseits selbst das Gespür für die Grenzen des Anstands verliert.

(Beifall)

Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass die Menschen den Respekt vor staatlichen Institutionen verlieren, wenn die Politik sich selbst keine Mühe gibt, diesen Respekt aufzubringen. Das dürfen wir nicht achselzuckend hinnehmen. Ein solcher Umgang mit unserem Staatsoberhaupt darf sich nie mehr wiederholen. Ich sage: Das ist keine Lappalie, sondern das ist von größter staatspolitischer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall)

Liebe Freunde, es war die Kraft der Freiheit, die 1989 die Welt verändert hat. Es ist diese Kraft der Freiheit, auf die wir auch heute setzen. Wenn ich zu Beginn an den 9. November 1989 gedacht habe, dann geht es mir nicht darum, in irgendwelchen Erinnerungen zu schwelgen, sondern es geht um viel mehr. Es geht darum, ob wir auch heute, in Zeiten erneuter großer Umbrüche, in Zeiten einer internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben, wissen, wie wir zu handeln haben. Es geht darum, dass wir nie vergessen, warum wir so handeln, wie wir handeln, was der Grund unseres Handelns ist. Ich sage: Es ist Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

(Beifall)

Denn wie groß auch die Aufgaben von heute erscheinen mögen, wie anstrengend und schwierig auch viele Diskussionen sind, sie haben dann ein Gutes, wenn sie genau diesem Ziel dienen, ganz so, wie wir es heute mit den Worten unseres Parteitages sagen: „Gemeinsam. Für ein starkes Deutschland“.

(Beifall)

Liebe Freunde, „Gemeinsam. Für ein starkes Deutschland“, das ist der Anspruch der Christlich Demokratischen Union Deutschlands seit über 60 Jahren. Das ist mein Anspruch als Vorsitzende dieser großartigen Partei, das ist mein Anspruch als Bundeskanzlerin der christlich-liberalen Koalition, und das ist unser gemeinsamer Anspruch: Gemeinsam für ein starkes Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will nicht darum herumreden: Die Bilanz der christlich-liberalen Regierung in ihrem ersten Jahr kann sich sehen lassen – in der Sache, aber nicht immer im Stil.

(Beifall)

Unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen haben darunter besonders gelitten; da gibt es nichts zu beschönigen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht auch eigentlich nur oberflächlich um Stil, um gute oder schlechte Umgangsformen. Da haben manche wirklich schlechte Beispiele geliefert; ich erspare uns eine Wiederholung. Tatsächlich geht es – ich darf inzwischen schon sagen: ging es – um Tiefergehendes. Ja, es ist eine Binsenweisheit, dass Koalitionen immer aus Parteien bestehen, die sich unterscheiden. Ja, es ist eine Binsenweisheit, dass sich neue Regierungen immer zuerst schwertun und sich finden müssen. Doch lasse ich diese Binsenweisheit als Erklärung nur bedingt gelten; denn die Enttäuschung über den Anfang der christlich-liberalen Regierung wiegt umso schwerer, als wir doch elf Jahre gewartet, gekämpft, gehofft und darauf hingearbeitet haben. Doch dann haben wir erlebt: Elf Jahre sind elf lange Jahre. Sie verändern, insbesondere wenn unterschiedliche Erfahrungen der einzelnen Partner hinzukommen – wir, die CDU und die CSU, mit Regierungsverantwortung schon nach siebenjähriger Opposition, unser Koalitionspartner nach elf Jahren Opposition. Deshalb war es so – so banal es klingt –: CDU, CSU und FDP mussten wieder neu zusammenfinden. Das gestaltete sich schwieriger, als wir dachten. Doch sollten wir uns trotz mancher Enttäuschung nichts vormachen: Die Alternative zur christlich-liberalen Bundesregierung ist keine erneute Große Koalition, falls das irgendjemand in schwachen Momenten einmal gedacht haben sollte.

(Beifall)

Die Alternative ist auch keine schwarz-grüne Koalition oder Jamaika. Das sind Illusionen, das sind Hirngespinnste.

(Beifall)

Auch Rot-Grün alleine ist es nicht, weil es dafür am Ende keine Mehrheit geben wird. Nein, liebe Freunde, die Alternative zu unserer Regierung wäre nichts anderes als

Rot-Rot-Grün. SPD und Grüne werden 2013 keine Sekunde zögern, mit den Linken zusammenzugehen, um an die Macht zu kommen, wenn es die Zahlen hergeben, liebe Freunde.

(Beifall)

Union und FDP haben den Auftrag, genau das zu verhindern. Das ist ein Auftrag von geradezu historischer Tragweite. Wir müssen unserem Land Rot-Rot-Grün ersparen, und wir können unserem Land Rot-Rot-Grün ersparen, wenn wir weiter zeigen, dass wir es besser machen als zu Beginn der christlich-liberalen Koalition. Das ist die Aufgabe.

(Beifall)

Dazu müssen wir zeigen und unter Beweis stellen, dass unser Handeln in sich begründet ist und dass unser Handeln ein klares, ein gemeinsames Ziel hat, und zwar gemeinsam für ein starkes Deutschland zu arbeiten, nach innen wie nach außen. Entscheidungen, wie wir sie in diesem Herbst treffen, dürfen zunächst durchaus umstritten sein. Sie werden sich später als notwendig erweisen und schließlich überzeugen. Dann, aber erst dann wird den Menschen in unserem Land deutlich, was ich vorhin gesagt habe, nämlich dass sich die Bilanz unserer Regierung in der Sache sehen lassen kann und dass diese Bilanz ihresgleichen sucht.

Wir haben Deutschland aus der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik geführt. Als ich Bundeskanzlerin wurde, hat die Zeitung mit den großen Buchstaben in den üblichen großen Buchstaben geschrieben: Fünf Millionen Arbeitslose – Frau Merkel, das sind jetzt Ihre. Ich habe das hingenommen; nun waren es meine. Aber ich sage auch: Ich bin stolz darauf, dass wir heute sagen können: Wir haben unter drei Millionen Arbeitslose. Daran müssen wir anknüpfen.

(Lebhafter Beifall)

Unser Land ist heute so erfolgreich, dass manch einer in der Welt von einem deutschen Wunder spricht. Wir wissen: Das ist kein Wunder. Es sind die Deutschen und eben auch wir, die CDU, die das gemeinsam geschafft haben. Wir haben auf diejenigen gesetzt, die unser Land stark machen, die jeden Tag früh aufstehen, die hart arbeiten, die Verantwortung übernehmen, Arbeitsplätze schaffen im Kleinen und im Großen. Für sie haben wir mit Kurzarbeit und mit mehr Investitionen Brücken gebaut. Das war in einer der schwierigsten Zeiten gelebte Soziale Marktwirtschaft. Liebe Freunde, wir haben auf dem Höhepunkt der Krise versprochen, dass Deutschland gestärkt aus dieser Krise hervorgeht. Was haben wir für hämische Kommentare hören müssen? Heute steht Deutschland besser da als die allermeisten anderen.

(Beifall)

Die Arbeitslosigkeit ist unten, die Wachstumsraten sind oben – und die hämischen Kritiker sind weg oder mischen sich unter die Demonstranten in Gorleben, natürlich nicht, ohne vorher den Dienstwagen abgestellt zu haben, schön von der Polizei bewacht.

(Beifall)

Wenn sie dort nicht sind, liebe Freunde, dann sind sie irgendwo, wo sich ihr Beitrag zum Erfolg unseres Landes wahrlich in Grenzen hält. Die ganze Opposition fällt vor allem durch eines auf: durch mangelnde Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall)

Franz Müntefering hat einmal gesagt: Opposition ist Mist. – Heute hat Müntefering nichts mehr zu sagen, und die SPD ist einen Schritt weiter: Die Opposition macht Mist, aber das macht sie wiederum mit viel Engagement, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Die SPD kann doch heute gar nicht schnell genug vor dem davonlaufen, was sie in der Großen Koalition mit beschlossen hat. Schlimmer noch: Ihr Verhalten nimmt zum Teil groteske Züge an. Einerseits will sie beinahe rührend vor den Mikrofonen den Aufschwung für ihre Agenda 2010 reklamieren, andererseits sind Gabriel und Co. von morgens bis abends, tagein, tagaus nur damit beschäftigt, sich von den Entscheidungen der Agenda 2010 zu distanzieren.

(Beifall)

Sie übersehen etwas: Wer auf allen Stühlen sitzen will, der findet sich irgendwann auf dem eigenen Hosenboden wieder. Dann hat er lange genug zu tun, wieder hochzukommen. Liebe Freunde, da sitzen sie, und da können sie bleiben.

(Beifall)

Die SPD ist auf der Flucht. Sie ist auf der Flucht vor der Verantwortung, sie ist auf der Flucht vor der Realität, und sie verspielt damit ihren Auftrag als zweite Volkspartei in Deutschland. So ist die Realität.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Grünen sind ständig gegen etwas. Wenn im Zusammenhang mit den Grünen immer von bürgerlicher Politik gesprochen wird, dann sage ich: Dagegen zu sein, ist das Gegenteil von bürgerlicher Politik. Bürgerliche Politik erschöpft sich nicht im Halten von Demonstrationsschildern. Bürgerliche Politik steht vielmehr für die Tugenden und Werte, mit denen wir unser Land vorangebracht haben. Bürgerliche Politik steht vor allem für ein gutes und besseres Ganzes, für Maß und Mitte. Das ist die Haltung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande gemeinsam für ein starkes Deutschland.

(Beifall)

Die Aufgaben sind doch schwer genug; denn die Welt verändert sich dramatisch. Die Wirklichkeit ist, dass 1990 das Durchschnittsalter in unserem Land 35 Jahre war. Heute ist das Durchschnittsalter 42 Jahre und 2030, also wiederum 20 Jahre später,

wird es 48 Jahre sein. Die Wirklichkeit ist: Bei uns geht die Anzahl der Patentanmeldungen zurück. In China hat sie rasant zugenommen. Die Wirklichkeit ist: In Deutschland arbeiten glücklicherweise 40 Millionen Menschen, aber in China sind es 800 Millionen. Außerdem hat uns China als Exportweltmeister überholt. Die Wirklichkeit ist: Das Internet hat unser ganzes Leben verändert. Die Wirklichkeit ist auch: Wir können heute Erbdispositionen erkennen, mit Stammzellen forschen und Embryonen selektieren.

Das alles fordert uns. Wir müssen in der Lage sein, auf veränderte Bedingungen neue wertegebundene Antworten zu geben. Das ist der Auftrag für eine Partei wie die Christlich Demokratische Union, die einen Gestaltungsanspruch hat. Es ist an uns, die Weichen zu stellen, damit Deutschland auch in Zukunft ein starkes Land ist. Das ist unser Auftrag.

(Beifall)

Die dafür nötige Kraft schöpfen wir aus dem, was uns als CDU seit unserer Gründung ausmacht. Erstens schöpfen wir die Kraft aus den richtigen Weichenstellungen in allen entscheidenden Phasen der Geschichte unseres Landes: der Westbindung und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft unter Führung von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, der deutschen und europäischen Einigung unter Führung von Helmut Kohl, dem Ehrenbürger Europas und Kanzler der Einheit.

(Beifall)

Zweitens schöpfen wir die Kraft aus dem gemeinsam Kompass, der uns auch in unwegsamem Gelände immer auf dem richtigen Pfad hält. Dieser Kompass ist das C in unserem Namen. Die ethischen Grundlagen des Christentums sind die Leitlinien unserer Politik. Uns trägt der Glaube. Er gibt uns Kraft. Ich sage es ganz persönlich: Er gibt mir Kraft.

(Beifall)



Wir, liebe Freunde, sind überzeugt vom unverwechselbaren Wert eines jeden Menschen. Jeder Mensch ist einmalig: vom Anfang seines Lebens bis zum Ende seines Lebens. Wir sind überzeugt, dass der Mensch geschaffen ist, die Welt zu gestalten und Freiheit und Verantwortung für sich und andere zu leben. Der Mensch lebt nicht für sich allein, sondern stets im Blick auf seinen Nächsten.

Konrad Adenauer, unser erster Vorsitzender, hat das wenige Wochen nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der rheinischen CDU im März 1946 ganz wunderbar beschrieben – ich zitiere:

„Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, das ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik. Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. (...) Nach dieser Auffassung ist weder der Staat noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person.“

(Beifall)

Weder der Staat noch die Wirtschaft, noch die Kultur sind Selbstzweck. Sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person: Das bedeutet, sie haben eine dienende Funktion gegenüber jedem einzelnen Menschen.

Besser als unser erster Vorsitzender kann man das Wertefundament unserer CDU nicht in Worte fassen. Besser kann man nicht deutlich machen, was uns seither bei unserer Arbeit für ein starkes Deutschland auch in Zukunft leiten muss. Dieses Deutschland ruht auf drei Säulen. Es ruht erstens auf einer zukunftsfähigen wirtschaftlichen Basis, gesicherten Energieversorgung, modernen Infrastruktur, gut ausgebildeten Fachkräften, auf einem leistungsfähigen Sozialstaat, solidem Haushalten und auf einer stabilen Währung. Das ist die wirtschaftliche Basis unseres Landes.

Aber es ist nicht lange her, nämlich im Frühjahr dieses Jahres, als wir alle in den Abgrund geschaut haben. Mit der Krise Griechenlands und des Euro stand nicht

weniger als die Stabilität des Euro, die Stabilität unserer eigenen Währung, auf dem Spiel. Das allein beschreibt nicht das, was auf dem Spiel stand. Auf dem Spiel stand die Zukunft Europas und damit das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. In dieser existenziellen Krise haben wir Verantwortung für die Zukunft Europas übernommen und damit auch für die Zukunft unseres Landes.

Wir haben dem Druck zu Hause und in Europa standgehalten. Wir haben klargemacht, dass ein guter Europäer nicht immer der ist, der schnell handelt, sondern der, der klug handelt.

(Beifall)

So, aber auch nur so konnte der Schutzschirm für den Euro gespannt und Griechenland geholfen werden. So wurde Hilfe mit strengen Bedingungen verbunden. Das geschah gegen den gesammelten Widerstand der Opposition, liebe Freunde. Wie geschichtsvergessen muss man sein, wenn man so wie die SPD vorgeht? Im Jahr 2000 konnten Schröder und Eichel gar nicht schnell genug den Beitritt Griechenlands zum Euro durchlaufen lassen. Sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen. Sie sagten, dass das eine politische Entscheidung war. Ja, politische Entscheidungen sind wichtig. Aber politische Entscheidungen, die die Fakten ausblenden, sind unverantwortlich. Diesen Scherbenhaufen sehen wir heute, liebe Freunde.

(Beifall)

Aber damit nicht genug: 2004 haben SPD und Grüne gemeinsam den Stabilitätspakt geschwächt, und 2010 verweigern sie sich dann in einer existenziellen Krise durch Enthaltung bei der großen Euro-Hilfe. Sie haben uns dann anschließend noch Vorwürfe gemacht, weil wir auf strengen Bedingungen für die Hilfe beharrt haben. Das kann man nicht einfach so übergehen. Das ist auch für eine relativ junge Partei wie die Grünen, die noch keine große europapolitische Tradition hat, ein dickes Ding, um es einmal salopp zu sagen. Aber die Partei Willy Brandts verhöhnt damit ihre große europäische Tradition. Das ist etwas, was wir nicht durchgehen lassen können.

(Beifall)

Man muss der SPD und den Grünen einfach sagen: Es gibt Situationen im Leben, in denen ist Enthaltung keine Haltung. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, kommt es auf uns an, auf die christlich-liberale Koalition. Es ist unsere Aufgabe, eine neue Stabilitätskultur in Europa zu verankern. Wir müssen Vorsorge für die Zukunft treffen, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt.

Nun habe ich gehört, die dafür notwendigen Änderungen der europäischen Verträge würden wir nie schaffen, eine Zustimmung aller EU-Länder sei utopisch. Ich kann mich über diese Argumentation nur wundern. Wo wären wir heute eigentlich in der Europäischen Union, wenn schon die Gründungsväter so gedacht hätten? Sie haben sich von der Schwere der Aufgabe nicht entmutigen lassen. Sie haben an Europa geglaubt, als es in Schutt und Asche lag. Kleinmut ist kein guter Ratgeber, wenn man etwas Großes erreichen will. Es geht hier um etwas Großes.

(Beifall)

Vielleicht vergisst man ja manchmal, dass es um etwas Großes geht, wenn nur von Krisenmechanismus, Stimmrechten, Verträgen, Stabilitätskultur, Rettungsschirm, IWF, Währung, EZB und vielem mehr die Rede ist. Das ist alles technisch. Aber ich sage Ihnen: Es geht um das Ganze; denn scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Dann scheitert die europäische Werte- und Einigungs-idee. Diese Idee hat uns angesichts der Kriege und der Zerrüttung in Europa in den vergangenen Jahrhunderten doch immer wieder die Kraft gegeben, für Frieden, Wohlstand und Freiheit auf unserem Kontinent zu kämpfen. Früher haben wir ja alle manchmal gelächelt, wenn Helmut Kohl in entscheidenden Momenten, wenn über Europa gesprochen wurde, nicht müde wurde, zu sagen: Es geht um Krieg und Frieden. Die Sprache mag uns vielleicht etwas fremd geworden sein. Sein Vermächtnis sollte es uns aber niemals werden.

(Beifall)

Denn 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge geht es auch heute wieder um die Friedensidee Europa. Dafür und nicht für Geld, Verträge, Mechanismen allein setzen wir uns ein.

Liebe Freunde, es ist etwas anderes, was wir aus dieser Krise gelernt haben. Es ist die Aufgabe von uns, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, einer Ordnung von Freiheit in Verantwortung, in der Europäischen Union und weltweit stärker durchzusetzen. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise konnte nur entstehen, weil nicht überall in der Welt diese Prinzipien beachtet wurden. Freiheit auf den Märkten kann nicht bedeuten, dass man sich von den Folgen seines Handelns einfach befreit. Es waren Exzesse auf den Märkten und es war Wachstum auf Pump, das uns in diese Krise geführt hat. Deshalb werde ich nicht müde werden, auf jedem zukünftigen G-20-Gipfel, wie ich es auch schon auf denen, die bisher schon stattgefunden haben, getan habe, dafür zu kämpfen, dass sich die Staaten zu solidem Haushalten verpflichten. Alles andere führt uns in die Irre.

(Beifall)

Deshalb kämpfen wir für eine neue Finanzmarktarchitektur. Deshalb sage ich auch ganz deutlich – ich werde es wiederholen, wenn es nötig ist. Wir lassen uns nicht dafür prügeln, dass wir gute Produkte „Made in Germany“ in die Welt exportieren. Andere, die das nicht können, können es gerne versuchen und nachholen. Wir sind für fairen Wettbewerb. Aber bestrafen dafür, dass wir Gutes erzeugen, lassen wir uns nicht, liebe Freunde.

(Beifall)

Natürlich gehört dazu, wenn man in der Welt für diese Ziele eintreten will, dass wir zu Hause unsere Hausaufgaben machen. Deshalb war es richtig, dass wir auf unserem Parteitag in Hannover die Schuldenbremse beschlossen haben und dass wir sie umgesetzt haben - damals noch mit der SPD. Man ahnt jedoch, dass die SPD heute vor diesem Beschluss am liebsten wieder weglaufen will. Mit der Schuldenbremse ist

nicht irgendeine finanzpolitische Maßnahme getroffen worden, sondern damit ist der Einstieg in eine generationengerechte, in eine nachhaltige Haushaltsführung gelungen. Das ist gelebte Verantwortung. Ich sage ganz einfach: Ohne uns wäre das undenkbar gewesen in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, nun nimmt ja der Bund dieses Jahr mit etwas weniger als 50 Milliarden Euro weniger Schulden auf, als wir am Anfang des Jahres dachten. Ich bitte Sie aber alle, auch wenn die Steuereinnahmen etwas höher sind, als wir dachten, nicht zu vergessen, dass wir nur etwas weniger wenig Geld haben, aber noch lange nicht zu einer nachhaltigen Haushaltsführung gekommen sind. Deshalb bitte ich alle – ich möchte an dieser Stelle insbesondere auch die Mittelstandsvereinigung ansprechen, deren Anträge ich ernst nehme –: Lassen Sie uns gemeinsam auf eine Prioritätenliste einigen. Die Aufgabe, die wir jetzt zuerst erfüllen müssen, lautet: erst einmal Haushaltskonsolidierung, Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit.

(Beifall)

Natürlich kommt als Zweites die Vereinfachung des Steuersystems. Da sind wir wirklich von dem, was wir uns einmal gedacht haben, noch meilenweit entfernt. Das muss jetzt auch auf der Tagesordnung stehen. Das ist richtig.

(Beifall)

Dann, liebe Freunde, bleibt natürlich auch ein einfaches, gerechtes und niedrigeres Steuersystem auf unserer Tagesordnung. Es muss aber in der Reihenfolge geschehen, wie ich es eben skizziert habe.

Ich möchte Wolfgang Schäuble, der ja nun kein Schwabe ist, aber als Badener auch etwas vom Sparen versteht, der heute Vormittag nicht hier sein kann, weil er gerade in Brüssel über die West LB verhandelt, aber am Nachmittag bei uns sein wird, ein herzliches Dankeschön sagen. Dies war kein einfaches Jahr für Wolfgang Schäuble.

Ich danke ihm aber für seine Kraft, seine Ausdauer und für seine Arbeit als Finanzminister.

(Beifall)

Liebe Freunde, um unsere wirtschaftliche Basis zu sichern, auch in den nächsten Jahrzehnten, müssen wir Industrieland bleiben. Ein Industrieland braucht natürlich eine gesicherte, saubere und bezahlbare Energieversorgung, also eine Energieversorgung, die Ökologie und Ökonomie zusammenbringt. Genau das macht Norbert Röttgen im Umweltministerium, der gesagt hat – wir unterstützen das als Bundesregierung und auch als CDU. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen.

(Teilweise Beifall)

Wir sind die erste Bundesregierung, die nicht nur darüber redet, sondern auch danach handelt – durch konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien, aber eben auch durch das Aussprechen der Wahrheit, dass, wenn wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen wollen, wir Brückentechnologien brauchen. Dazu gehört die Kohle. Dazu gehört die Kernenergie. Wir sagen Ja dazu, damit wir das Zeitalter der erneuerbaren Energien schneller erreichen. Wir reden nicht nur, sondern wir handeln, liebe Freunde.

(Beifall)

Wer sich in diesem Zusammenhang aber um die Bezahlbarkeit des Stromes keine Gedanken macht, sondern wie die Grünen für eine unendliche Förderung der Solarenergie eintritt, der tut gar nichts für das Einläuten des Zeitalters der erneuerbaren Energien, weil er die Akzeptanz dafür in der Bevölkerung zerstört. Wer wie viele von SPD und Grünen vom Zeitalter der erneuerbaren Energien spricht, aber immer an der Spitze der Demonstrationen ist, wenn es um den Bau von neuen Hochspannungsleitungen geht, der tut auch nichts für das Zeitalter der erneuerbaren Energien.

(Beifall)

Wer wie Rot-Grün einfach die Erkundung eines Endlagers aussetzt und wer wie Rot-Grün einen Unterschied zwischen guten Castortransporten, die es dann gibt, wenn man an der Regierung ist, und schlechten Castortransporten, die es dann gibt, wenn man in der Opposition ist, macht, der verfolgt eine Doppelmoral. Das werden die Menschen in Deutschland erkennen. Ich bin da ganz sicher.

(Beifall)

Wer in diesem Zusammenhang so harmlos von Entschottern der Bahngleise redet, wenn er eigentlich eine gefährliche Straftat meint, der will die Maßstäbe verrücken. Ich sage Ihnen: Das werden wir nicht zulassen. Eine gefährliche Straftat bleibt eine gefährliche Straftat und muss mit aller Konsequenz geahndet werden.

(Beifall)

Deshalb möchte ich den vielen Polizistinnen und Polizisten, die unter schwierigsten Bedingungen diese Transporte sichern, ganz herzlich danken.

(Beifall)

Sie sind der Garant unserer Freiheit, dass wir in Deutschland demonstrieren dürfen.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, um es klipp und klar zu sagen: Von Leuten, die – anders als wir – Energiepolitik als Ideologie betreiben, lassen wir uns keine Vorhaltungen machen.

(Vereinzelt Beifall)

SPD und Grüne vergessen nämlich zu schnell und zu oft: Es gibt keinen Rechtsanspruch auf einen hohen Lebensstandard. Der kommt nicht von allein! Der muss jeden Tag neu erarbeitet werden. Wenn Sie nach China reisen, wenn Sie nach Südkorea reisen, wie ich es gerade getan habe, dann sehen Sie: Die Welt schläft

nicht. Die Menschen woanders möchten auch in Wohlstand leben. Wir können das schaffen, natürlich können wir es schaffen, aber nicht, wenn wir ideologisch vorgehen, sondern nur, wenn wir uns anstrengen und unsere Talente und unsere Tugenden für etwas einbringen und nicht dauernd gegen etwas.

(Beifall)

Liebe Freunde, niemand zwingt uns, an den großen europäischen Verkehrsstrassen teilzuhaben. Aber die CDU will – sie will! – an diesen Verkehrsstrassen teilhaben, weil das unserem Wohlstand dient. Wenn zum Beispiel in Stuttgart durch den Bau von Stuttgart 21 bis zu 17.000 neue Arbeitsplätze entstehen, dann stärkt das Baden-Württemberg, dann stärkt das Deutschland, und deshalb wollen wir, dass bei uns diese Bahnlinie vorbeigeht und der moderne Bahnhof gebaut wird – weil es in unserem Interesse ist, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Wahrheit ist doch: Wir müssen mehr, nicht weniger für eine gut ausgebaute und moderne Infrastruktur in unserem Lande tun. Da kann es – bei aller Schutzwürdigkeit – nicht richtig sein, dass Juchtenkäfer oder Kammmolche erhalten müssen, um solche Projekte zu verhindern. Das darf nicht sein!

(Beifall)

Da kann es auch nicht richtig sein, dass immer vor allem die Risiken in den Vordergrund gestellt werden, aber die Chancen neuer Technologien regelmäßig verschwiegen werden. So kommen wir nicht voran!

Da kann es auch nicht richtig sein, dass Großprojekte, die über Jahrzehnte hinweg geplant sind und demokratisch legitimiert wurden, plötzlich wieder in Frage gestellt werden. Das lassen wir nicht zu, denn Verlässlichkeit, liebe Freunde, ist ein hohes Gut.



Ich sage ausdrücklich: Ich bin für Bürgerbeteiligung, ich bin für Transparenz, und ich bin Heiner Geißler – den ich lieber nicht zu sehr lobe, weil er sonst seine Unparteilichkeit verliert – ganz dankbar, dass er die Schlichtung in einem so komplizierten Sachverhalt wie Stuttgart 21 übernommen hat. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich bin für Mitsprache, ich bin aber vor allen Dingen dafür, dass wir vielleicht unsere Planungs- und Entscheidungszeiträume gerade bei Großprojekten etwas verkürzen, und ich bin vor allem auch dafür, dass Kostenvoranschläge in Zukunft etwas präziser sind, so dass man nicht immer wieder überrascht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Aber auch wenn wir für all das sind, irgendwann kommt ein Punkt, da muss einfach demokratisch entschieden werden, und das muss dann auch gelten, darauf muss Verlass sein. Es kann in unserem Land nicht die Arbeitsteilung geben: Erst entscheiden Politiker, Parlamente, Gerichte, dann kommen Demonstrationen, und dann wird ein Projekt eingestampft. Für eine solche Arbeitsteilung stehe ich und stehen wir nicht zur Verfügung, liebe Freunde.

(Beifall)

Politik muss verlässlich sein. Sie muss an alle denken. Ein starkes Deutschland ist auf die Klugheit, die guten Ideen, die Erfahrungen seiner Menschen angewiesen. Wenn wir allein daran denken, wie sich der Altersaufbau unserer Gesellschaft verändert, dann gilt doch mehr denn je: Jeder in unserem Land, jeder und jede, wird gebraucht; es darf keine einzige Gruppe ausgeschlossen werden.

Das gilt für die Älteren, die immer noch einen großen Anteil an den Langzeitarbeitslosen haben. Wir müssen und wir wollen für sie neue Chancen schaffen. Wir müssen zu einem Land werden, in dem nicht nur die Schnelligkeit der Jugend zählt, sondern auch die Erfahrung der Älteren. Die Rente mit 67 ist notwendig, aber sie wird nur Akzeptanz finden, wenn sich auch unsere Arbeitswelt

ändert und Menschen über 50 in diesem Land wieder eine Chance bekommen, ihren Dienst am Land durch ihre Arbeit weiter zu tun.

(Beifall)

Liebe Freunde, das gilt auch für die kranken Menschen in unserem Land. Jeder Mensch soll auch in Zukunft die medizinische Versorgung bekommen, die er braucht. Das ist vielleicht eine der schwierigsten Aufgaben in einer entwickelten Industriegesellschaft, aber genau das ist das Ziel unserer Gesundheitsreform.

Es gilt auch für die Gruppe der Alleinerziehenden. Genau das ist der Grund, warum wir auch mehr für Kinderbetreuung tun, um auch hier die Arbeitschancen zu verbessern.

Das gilt natürlich auch für Migrantinnen und Migranten. Sie sind heute überproportional von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, sie nehmen weniger an Arbeitsmarktmaßnahmen teil, und genau das werden wir ändern.

Denn es gilt natürlich – auch das müssen wir immer wieder sagen: Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II oder Hartz IV, wie immer man es nennt, darf nicht zum lebenslangen Zustand werden, sondern ist eine Brücke, wieder in Beschäftigung zu kommen.

(Beifall)

So müssen wir das auffassen, und deshalb haben wir gesagt: fördern und fordern, das ist unser Angebot an jeden Einzelnen. Deshalb haben wir den Regelsatz transparenter gestaltet, aber nach oben nicht deutlich erhöht, haben Zigaretten und Alkohol nicht hereingenommen, sondern die Anreize verbessert, wieder Arbeit aufzunehmen. Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Arbeit muss sich in unserem Lande lohnen.

(Beifall)

Das müssen wir jedem sagen, der heute keine Arbeit hat.

(Anhaltender Beifall)

Ursula von der Leyen arbeitet genau an diesem Punkt. Denn es ist doch wahr: Zum ersten Mal ist es – auch angesichts unserer demografischen Entwicklung – möglich, erscheint es möglich, dass Arbeit für alle keine Utopie ist, sondern dass wir das schaffen können, und das muss unser Ziel sein. Es geht um jeden Einzelnen, wenn wir an das C, wenn wir an unser Menschenbild denken, und das ist nicht irgendetwas, nicht irgendeine technische Sache der Bundesagentur für Arbeit, sondern das muss unser Anspruch sein, und deshalb, liebe Freunde, werden wir das auch weiterhin durchsetzen.

(Beifall)

Und was fällt dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Verdi in diesem Zusammenhang ein? Herr Bsirske schreibt einen Gastkommentar. Worüber? Darüber, dass er fordert, das Verbot eines Generalstreiks in Deutschland aufzuheben und den politischen Streik möglich zu machen. Und wo schreibt er das? Im „Neuen Deutschland“! Liebe Leute, wie weit weg muss man eigentlich von der Realität sein, dass man ausgerechnet in dieser Zeit in der früheren Haus- und Hofzeitung des SED-Regimes einen solchen Kommentar schreibt?

(Beifall)

Er hätte mal lieber schreiben sollen, als Schröder an der Macht war, Kanzler war, und wir fünf Millionen Arbeitslose hatten. Dann wäre es immer noch falsch gewesen, aber heute soll er daran arbeiten, dass Arbeit für alle möglich wird!

(Lebhafter Beifall)

Natürlich werden wir auch Fachkräfte brauchen, auch Fachkräfte aus anderen Ländern; wir haben dafür übrigens schon viele Regelungen. Aber eines sage ich

auch: Es geht nicht, dass wir wieder Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme bekommen.

(Beifall)

Das wird es mit der Christlich Demokratischen Union nicht geben!

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde! Wenn wir das, was wir uns vorgenommen haben, erreichen, dann wird Bildung eine zentrale Rolle spielen. Das heißt, kein Kind – das müssen wir ganz wörtlich nehmen – wird zurückgelassen. Jedes Kind ist einzigartig. Es gilt, die Stärken zu stärken und aus den Schwächen Stärken zu machen. Da sagen wir: Das geht garantiert nicht mit der Einheitsschule. Das geht nur mit Vielfalt statt Einfalt, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Ich unterstütze unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen, Norbert Röttgen und alle anderen, dass ihr Frau Kraft zeigt, dass das nicht geht. Vielfalt und nicht Einfalt, das ist unser Motto.

(Lebhafter Beifall)

Schule muss für die Kinder da sein, und Kinder nicht für die Schule. Lange genug in einem Klassenzimmer gemeinsam zu sitzen, sorgt mit Sicherheit noch nicht für gemeinsame und gleiche Erfolge. Das heißt, Aufstieg durch Bildung muss für jeden möglich sein. Auf jeden Abschluss muss ein Anschluss folgen. Das heißt auch – jetzt mache ich mich wieder einmal nicht beliebt – die Kleinstaaterei im Bildungswesen muss durch gleiche Abschlusskriterien überwunden werden, liebe Freunde. Auch das gehört zum 21. Jahrhundert.

(Beifall)

Um das zu schaffen, wollen wir 10 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Bildung und Forschung ausgeben. Ich möchte Annette Schavan ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Es ist nicht immer einfach, aber sie macht das prima, zusammen mit dem Kultusminister. Wir alle wissen: Eltern, Schüler, Studenten und Auszubildende werden uns genau auf die Finger schauen und werden wissen wollen, welches bildungspolitische Angebot wir für die Zukunft machen können. Deshalb sage ich: Lasst uns nächstes Jahr auf dem Parteitag in Leipzig über unser bildungspolitische Programm für das 21. Jahrhundert diskutieren. Das ist auf der Tagesordnung. Die Nordrhein-Westfalen werden uns dabei helfen, wenn sie bereits jetzt darüber diskutieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, starker Euro, solide Finanzen, kluge Energiepolitik, moderne Infrastruktur und zukunftsfeste soziale Sicherungssysteme, das ist genau die wirtschaftliche Säule für unser Land. Aber ein handlungsfähiger Staat muss auch die Sicherheit seiner Bürger schützen. Das ist die zweite Säule für unser Land. Wir wissen seit den schrecklichen Anschlägen im September 2001 um die Gefahren des internationalen Terrorismus. Die Bombenpakete aus dem Jemen haben uns noch einmal vor Augen geführt, dass diese Gefahr nicht an den Grenzen Deutschlands Halt macht. Es ist eine reale Gefahr. Deshalb gilt auch in der neuen Bedrohungslage, was immer galt: CDU und CSU arbeiten konsequent für einen handlungsfähigen und starken Staat, der seine Bürger schützt, der seine Bürger so schützt, dass sie in Freiheit in diesem Land leben können. Manche sprechen sofort, wenn wir sagen: „Wir sind die Partei der inneren Sicherheit“, von Einschränkungen der Freiheit oder von einem Überwachungsstaat. Aber, liebe Freunde, es führt kein Weg daran vorbei: Unsere Freiheit muss jeden Tag aufs Neue verteidigt werden. Wir überlassen denen, die unsere Freiheit bedrohen, nicht das Feld. Mit uns gibt es keine rechtsfreien Räume.

(Beifall)

Es gibt keine rechtsfreien Räume, in die sich die Polizei in bestimmten Städten nicht mehr hineintraut. Es ist ein Unding, wenn am Vorabend des 1. Mai in Berlin-

Kreuzberg die CDU keinen Stand mehr aufstellen kann, weil man sagt: Wegen der vielen Chaoten ist die Polizei nicht mehr in der Lage, einer politischen Partei die politische Arbeit zu ermöglichen. Das werden wir in unserem Land nicht zulassen, liebe Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt auch keine rechtsfreien Räume im Internet. Das Thema Kinderpornografie bleibt auf der Tagesordnung. Für uns gilt das Gewaltmonopol des Staates ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Wir brauchen auch hier neue Antworten auf neue Herausforderungen. Deshalb hat Thomas de Maizière unsere volle Unterstützung, wenn es darum geht, die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland wieder zu ermöglichen, damit die Terroristen uns nicht auslachen, und eine Visa-Warndatei einzuführen; denn die Welt ist nicht so gut, wie wir uns das manchmal vorstellen. Wir müssen unsere Freiheit sichern, liebe Freunde.

(Beifall)

Innere und äußere Sicherheit lassen sich immer weniger unterscheiden. Weil sich die Sicherheitslage verändert hat, kann das nicht ohne Folgen für die Struktur der Bundeswehr bleiben. Karl-Theodor zu Guttenberg hat diese Aufgabe entschlossen angepackt. Er hat deutlich gemacht: Es geht hier nicht um irgendwelche Sparzwangentscheidungen, sondern um Entscheidungen ausschließlich nach Lage der Bedrohung und der Sicherheitsanalyse. Das war der Ausgangspunkt. Wir werden heute über die Zukunft der Bundeswehr beraten und beschließen. Das wird ein tiefgreifender Schnitt. Aber ebenso ist richtig, dass sich die Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges völlig verändert hat. Wir sind heute von Freunden umgeben. Aber dafür gibt es neue Bedrohungen, die ganz andere Einsätze erfordern. Deshalb sehen wir heute die sicherheitspolitische Notwendigkeit für die allgemeine Wehrpflicht nicht gegeben. Die Präsidien von CDU/CSU und

insbesondere der CDU-Bundesvorstand schlagen Ihnen vor, die Wehrpflicht auszusetzen, sie aber im Grundgesetz verankert zu lassen, damit die Verpflichtung zum Grundwehrdienst durch ein einfaches Gesetz wieder geändert werden kann; denn keiner von uns kann die Sicherheitssituation in zehn, 20 oder 30 Jahren voraussagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich kann über diese wichtige Grundsatzentscheidung nicht sprechen, ohne den Soldatinnen und Soldaten zu danken, die sich zum Wohle unseres Landes dieser wichtigen Aufgabe verpflichten. Sie tun nicht mehr und nicht weniger, als unsere Freiheit zu verteidigen.

(Beifall)

Wir wissen um die Gefahr für Leib und Leben, der sie sich aussetzen. Wir wissen, dass sie Dinge verarbeiten müssen, die unsere Vorstellungskraft weit übersteigen. Wir wissen auch um die Sorgen und Ängste der Familien. Ich habe mit vielen Angehörigen von Soldaten gesprochen, die in Afghanistan gefallen sind, zuletzt am Karfreitag dieses Jahres. Ich sage Ihnen: Es hat mich zutiefst erschüttert, und es gehört zu den bewegendsten Momenten meiner Arbeit, Angehörigen von gefallen Soldaten Trost zu spenden, ihren Schmerz und ihr Leid zu sehen und mit ihnen zu fühlen. Umso größer sind mein Respekt, meine Anerkennung und mein Dank. Unsere Soldatinnen und Soldaten dienen der Sicherheit unseres Landes und unserer Freiheit. Sie haben im Übrigen als Staatsbürger in Uniform unserem Land immer gut getan. Deshalb muss der gesellschaftliche Wert, der mit der Wehrpflicht für unser Gemeinwesen verbunden ist, auch in neuer Form erhalten bleiben, auch ohne die Wehrpflicht, und zwar durch anspruchsvolle Freiwilligendienste. Deshalb und nicht allein wegen des Zivildienstes werden wir parallel ein Konzept für die Freiwilligendienste in unserer Gesellschaft erarbeiten, das uns Kristina Schröder heute vorstellen wird.

Damit kommen wir zur dritten Säule. Neben der wirtschaftlichen Säule und der Säule der Sicherheit geht es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Erinnern wir

uns an 1989: Nach 40 Jahren Unfreiheit sind die Menschen in der DDR auf die Straße gegangen und haben zuerst gesagt: „Wir sind das Volk“, und dann: „Wir sind ein Volk“. Heute, 20 Jahre später, fragen sich in unserem Land viele Menschen, welch ein Volk wir eigentlich sind. Klaffen Arm und Reich nicht immer weiter auseinander? Halten Alt und Jung, die Generationen, noch zusammen? Schaffen wir die Integration der Migranten, wenn immer mehr Kinder einen Migrationshintergrund haben? Ich glaube, wir tun gut daran, als große Volkspartei diese Sorgen ernst zu nehmen. Aber wir tun auch gut daran, uns noch einmal an die Gründungsidee der Union zu erinnern: nicht zu unterscheiden zwischen Klassen und Schichten, nach Katholisch und Evangelisch, nach Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nach Heimatvertriebenen und Einheimischen.

Der Leitgedanke der Union war nie geprägt vom Ausschluss von manchen, sondern immer eine Einladung an alle. Das ist Integration im wahrsten Sinne des Wortes.

(Vereinzelt Beifall)

Das konnte nur gelingen, weil das christliche Menschenbild Grundlage unseres Denkens war und das christliche Menschenbild jeden Einzelnen als einzigartig versteht.

(Beifall)

Der Ausgangspunkt für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft war und bleibt die Familie. In der Familie erfährt der Mensch Liebe und Zuneigung. Dort muss er nicht begründen, warum er zu einer Gruppe gehört. Familie ist dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung übernehmen. Genau das ist der Unterschied zu den anderen, die einfach sagen: Familie ist, wo Kinder sind. Dieser Ansatz schließt die Sorge der Eltern für ihre Kinder genauso ein wie die Sorge der Kinder für ihre Eltern.

In diesem Geist machen wir unsere Familienpolitik: familienfreundliche Arbeitszeiten, Familienpflegezeit, Wahlfreiheit für Eltern. Es wird so oft über die Schwierigkeiten in Familien gesprochen, über das, was nicht gelungen ist. Deshalb möchte ich Ihnen



heute vorschlagen: Danken wir doch einfach einmal den vielen Millionen Eltern, die das tun, was wir unter Familie verstehen, die ihre Kinder mit Liebe erziehen und damit einen großen Dienst für unser Land erbringen.

(Beifall)

Natürlich gehört das Ehrenamt zu einer Gesellschaft des Zusammenhalts. Wenn ich mit jungen Menschen spreche, dann bin ich optimistisch, was die Sorge angeht, die wir jetzt manchmal haben, ob wir noch genügend Freiwillige finden, wenn Wehrdienst und Zivildienst nicht mehr existieren. Trauen wir den jungen Menschen und den älteren, denen wir ein Angebot machen, doch einfach einmal etwas zu. Millionen Menschen sind in diesem Land ehrenamtlich tätig. Warum sollen nicht noch welche dazukommen? Warum wollen wir das Ehrenamt nicht noch attraktiver gestalten? Das Ehrenamt ist Teil unserer Vorstellung von Gesellschaft, weil Menschen immer für andere Menschen da sind. Herzlichen Dank allen, die im Ehrenamt in unserem Land beschäftigt sind. Das ist auch eine Einladung an alle, die noch hinzukommen wollen.

(Beifall)

Wir müssen aber auch sagen: Solidarisches Miteinander in einer Gesellschaft gibt es nicht zum Nulltarif. Wir dürfen niemals zulassen, dass die Existenz eines Kindergartens oder das Lachen bzw. Schreien von Kindern eine Begründung dafür ist, dass man Klage einreicht. Ich finde es richtig, dass wir in der Bundesregierung das jetzt endlich unterbinden wollen. So kann man Zusammenhalt in einer Gesellschaft nicht herstellen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Zusammenhalt hat etwas mit dem sehr sperrigen Ausdruck „Subsidiaritätsprinzip“ zu tun. Das bedeutet nichts anderes, als dass wir die Entscheidung nahe bei den Menschen treffen wollen. Wir wollen die Entscheidungen dort treffen, wo die Menschen leben. Deshalb sind diejenigen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, von so großer Wichtigkeit. Das sind Menschen aus 8.000 Ortsverbänden der Christlich Demokratischen Union. Deshalb sage ich Ihnen

zu: Auch wenn es richtig schwierig ist, werde ich Wolfgang Schäuble bei der Arbeit für eine Gemeindefinanzreform unterstützen. Wir brauchen lebendige Kommunen in diesem Land. Sie sind der Nährboden für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

(Beifall)

So, wie für den Zusammenhalt einer Gesellschaft Bedingungen erfüllt sein müssen, so braucht man für den Zusammenhalt einer Gesellschaft auch Spielregeln. Das gilt für das Zusammenleben aller. Das gilt auch für das Zusammenleben zwischen denjenigen, die schon lange hier leben, und denjenigen, die zu uns gekommen sind, mit den Migrantinnen und Migranten. Diese Spielregeln sind eigentlich ganz leicht verständlich: Wer hier leben will, der muss Deutsch lernen. Wer das tut – das sage ich ausdrücklich – ist uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Wer hier leben will, muss unsere Gesetze und Werte achten. Wer das tut, ist uns ausdrücklich willkommen. Wer das nicht tut, der muss mit Sanktionen rechnen. So einfach ist das. Diesen Weg – das ist ganz einfach – werden wir weitergehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass alle teilhaben; aber das geht nur mit einer gemeinsamen Sprache und auf einer gemeinsamen Basis, auf Basis der Verfassung und der Gesetze, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich danke Maria Böhmer ganz besonders für ihre Arbeit. Die Debatte über Migrantinnen und Migranten, gerade die Debatte über die Migranten muslimischen Glaubens hat zu einer breiten Diskussion geführt, die ich ernst nehme. Ich frage Sie: Ist das nicht die Stunde für uns von der Christlich Demokratischen Union, selbstbewusst für unsere Überzeugungen einzutreten? Es ist doch nicht so, dass wir ein Zuviel an Islam haben, sondern wir haben ein Zuwenig an Christentum. Wir

haben zu wenige Gespräche über das christliche Menschenbild, über die Werte, die uns leiten und über unsere jüdisch-christliche Tradition. Das müssen wir wieder selbstbewusst nach vorne stellen. Dann werden wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schaffen.

(Beifall)

Natürlich sind wir für die Freiheit der Religionsausübung. Das bedeutet aber auch, dass die Freiheit der Religionsausübung nicht an unseren Grenzen haltmachen kann. Das gilt dann auch für die Christen in anderen Ländern auf der Welt, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich möchte mich ganz herzlich bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und bei dir, Volker Kauder, dafür bedanken, dass ihr den Stephanuskreis gegründet habt, der sich mit den Christen in anderen Ländern beschäftigt. Genauso wichtig ist für uns – auch das gilt bei allem Eintreten für ökonomische und andere Kontakte – unser Eintreten für die Menschenrechte. Das christliche Menschenbild ist nicht nur für uns in Deutschland gültig, nicht nur für uns in Europa, sondern es gilt weltweit. Deshalb müssen wir die Partei sein, die sich für Menschenrechte einsetzt.

Es ist wunderbar, dass Aung San Suu Kyi am vergangenen Samstag nach so vielen Jahren endlich freigelassen wurde.

(Beifall)

Wer diese Frau sieht, die nach so vielen Jahren Hausarrest vor die Menschen tritt und eine innere Kraft ausstrahlt, der versteht, dass die Kraft der Freiheit von jedem einzelnen Menschen ausgehen kann. Deshalb werden wir uns immer für all diejenigen einsetzen, die nur deshalb im Gefängnis sitzen oder leiden müssen, weil sie das, was sie denken, sagen und weil sie das, was sie denken, auch in die Tat umsetzen wollen. Diese Menschen haben unsere Unterstützung, liebe Freunde.

(Beifall)

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft reicht vom Beginn des Lebens bis zum Ende des Lebens. Deshalb haben wir im Zusammenhang mit Spätabtreibungen die Beratung durchgesetzt. Das war ein ganz schwieriger Weg. Aber das war uns wichtig, und wir haben es geschafft. Wir werden niemals zulassen, dass es aktive Sterbehilfe gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben intensiv über die Nutzung von Stammzellen diskutiert. Heute werden wir eine intensive Debatte über die Präimplantationsdiagnostik führen. Ich sage: Ich bin für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik, weil ich Sorge habe, dass wir die Grenzen nicht richtig definieren können.

(Beifall)

Ich sage aber auch: Ich habe Respekt vor denen, die nach langer Überlegung und auf Basis derselben Grundsätze zu einer anderen Meinung kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb meine Bitte: Es tut uns gut, wenn wir solche Debatten in großer Ernsthaftigkeit vor dem Hintergrund unseres „C“ führen.

Liebe Freunde, all das sind wir. Das macht die Politik der Christlich Demokratischen Union aus. Wir verbinden Generationen, Menschen aus allen Schichten, Gruppen, Landsmannschaften und Regionen.

Wir sind politische Heimat für Soziale, Liberale und Konservative. Wir als Volkspartei der Mitte gestalten Politik für alle Bürger unseres Landes. Wir arbeiten gemeinsam für ein starkes Deutschland. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, in dem die Familie etwas zählt, in dem die Menschen füreinander eintreten. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das sich durch erstklassige

Ausbildung, Spitzentechnologie, moderne Infrastruktur und eine gesicherte Energieversorgung auszeichnet. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das den Euro stabil hält und seine Haushalte saniert, um auch künftigen Generationen Handlungsspielräume zu geben. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das die kleinen Einheiten stärkt und alles dafür tut, um seine Bürger und ihre Freiheit zu schützen. Gemeinsam arbeiten wir für ein starkes Deutschland, das seine Werte auch über die Landesgrenzen hinaus verteidigt und offen für alle ist, die diese Werte teilen. Jeder, der das will, ist bei uns herzlich willkommen. Ein starkes Deutschland braucht eine starke Christlich Demokratische Union.

Wir übernehmen Verantwortung für eine gute Zukunft unseres Landes. Mit dieser Botschaft ziehen wir in die kommenden Wahlkämpfe. In Berlin haben Sie, lieber Frank Henkel, die CDU zu neuem Zusammenhalt geführt. Das ist gut für diese Stadt, die im Übrigen unsere Hauptstadt ist. Das ist gut für eine Stadt, in der der Regierende Bürgermeister ein massives Desinteresse an wirklicher Arbeit hat. Er wird es nicht richten, Frau Künast wird es nicht richten. Wir brauchen eine starke CDU in Berlin, liebe Freunde.

(Beifall)

Lieber Lorenz Caffier, in Mecklenburg-Vorpommern seid ihr der Motor der Regierung in der Großen Koalition. Jetzt wird es aber Zeit, dass ihr endlich wieder den Ministerpräsidenten stellt. Dabei werden wir euch unterstützen, liebe Freunde.

(Beifall)

Lieber Thomas Röwekamp, „Eine richtig gute Partei“ heißt euer Slogan. Jetzt geht es darum, dass Bremen mit der CDU eine richtig gute Regierung bekommt. Daran werden wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall)

In Sachsen-Anhalt geht es darum, lieber Reiner Haseloff, dass die beeindruckende Arbeit von Wolfgang Böhmer fortgeführt werden kann.

(Beifall)

Denn Sachsen-Anhalt ist mit der CDU weit gekommen, und so muss es bleiben. Deshalb gilt auch hier unsere Unterstützung.

Liebe Julia Klöckner, die Chancen, einen Wechsel in Rheinland-Pfalz herbeizuführen, sind so gut wie lange nicht. Wenn ihr zusammenhaltet, halten wir zu euch. Dann haben wir alle Chancen, Kurt Beck im Frühjahr abzulösen. Daran arbeiten wir, liebe Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Schließlich, lieber Stefan Mappus – es ist kein Geheimnis, dass wir auch deshalb in Karlsruhe tagen -, kämpfen wir gemeinsam dafür, dass dieses erfolgreiche Bundesland – vielleicht das erfolgreichste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland – weiter erfolgreich sein kann.

Die stolze Riege der Ministerpräsidenten hier zeigt: Mit der CDU ist es Baden-Württemberg immer gut gegangen. Deshalb musst und wirst du Ministerpräsident bleiben. Wir alle stehen an deiner Seite, lieber Stefan.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, was ist nicht alles zu lesen, wie genau und unter welchen Umständen das Wahlergebnis so oder anders aussehen könnte. Ich sage euch nur eines: Werft die Prognosen in den Papierkorb! Geht raus und kämpft für unsere Ziele! Am 27. März wird man sehen, wer zuletzt lacht. Deshalb, liebe Freunde: Jetzt nicht lachen, sondern kämpfen, ran an die Arbeit und sich nicht irre machen lassen! Das muss die Aufgabe sein. Wir sind wir, die Christlich Demokratische Union, wir können das.

(Anhaltender Beifall)

In 2009 haben wir die Bundestagswahl gewonnen. Das ging nur, weil wir zusammengehalten haben. Deshalb möchte ich mich beim Präsidium und beim Bundesvorstand bedanken. Sie alle wissen, dass der heutige Parteitag für viele eine Zäsur ist. Ich kann im Rahmen dieser Rede nicht angemessen danken; ich werde das später tun. Aber ich danke für die gemeinsame Arbeit. Ich danke unserer Bundestagsfraktion, ganz besonders Volker Kauder. Ich danke dir, lieber Volker, für die Unterstützung, die du mir täglich gibst.

(Beifall)

Ich danke den Mitgliedern der Bundesregierung, ganz besonders unserem Kanzleramtsminister Roland Pofalla. Ich danke den Ministerpräsidenten, und ich danke Hermann Gröhe und der ganzen Mannschaft im Konrad-Adenauer-Haus. Aber vor allem, liebe Freunde, danke ich den Orts-, Stadt- und Kreisverbänden und den Vereinigungen, die mir und uns auch in weniger schönen Tagen immer die Treue gehalten haben. Eure Unterstützung und euer Vertrauen – das ist das, was mich trägt. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Ich danke auch unseren Freunden in der CSU, stellvertretend für viele Horst Seehofer und Hans-Peter Friedrich.

Liebe Freunde, vor 20 Jahren hat Helmut Kohl in Hamburg auf dem Vereinigungsparteitag die Frage gestellt: „Wo stünden wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten?“ – Ja, diese Frage Helmut Kohls ist auch heute noch aktuell. Wir haben es in der Hand, die richtige Antwort zu geben. Wir haben es in der Hand, ob wir Zauderer oder Kleinmütige sind. Wir haben es in der Hand, die Herausforderung selbstbewusst und optimistisch anzunehmen und

bürgerliche Politik neu zu begründen. Wir haben es in der Hand, unsere Grundwerte – Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – auch im 21. Jahrhundert zu leben. Das Rüstzeug dazu haben wir. Den Mut und die Kraft dazu haben wir. Die Erfolge daraus sehen wir schon. Lassen Sie uns diesen Weg weitergehen - gemeinsam für ein starkes Land, für ein Land mit Einigkeit und Recht und Freiheit.

Herzlichen Dank!

(Langanhaltender starker Beifall – Die Delegierten erheben sich)